

Beschluss Regen speichern – Trinkwasser sparen: Private Zisternen fördern

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Wir Grüne fordern ein Landesprogramm „Regen- und Abwassernutzung Privat“.
- 2 Konkret soll ein Zuschussprogramm für private Zisternen und Anlagen zur
- 3 Abwasseraufbereitung und -wiederverwendung in Bestand und Neubau aufgelegt
- 4 werden. Förderfähig sollen – nach kommunalem Vorbild – Planung, alle notwendigen
- 5 technischen Anlagen (wie Behälter, Filter, zusätzlich nötige Leitungen,
- 6 Pumpen/Steuerung) sowie die Nutzung zur Gartenbewässerung und beispielsweise für
- 7 WC-Spülung, Waschmaschine oder Außenreinigung sein. Die Förderung soll
- 8 ausdrücklich auch für Mehrfamilienhäuser und WEGs gelten.
- 9 Voraussetzung sind eine fachgerechte Ausführung (klare Trennung von Trink- und
- 10 Brauchwassernetz, Rückflussverhinderung, Wartungszugang).
- 11 Um Synergien zu heben, sollen Kommunen darin unterstützt werden, Gebührenanreize
- 12 (z. B. Niederschlagswasser/Retention) und passende Bebauungspläne zu prüfen.
- 13 Dies beinhaltet auch die Prüfung einer Genehmigung für Flächen im Grenzbereich
- 14 die zwischen privat und öffentlich liegen.

Beschluss KI und Sicherheit

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

1. Wir lehnen den anlasslosen Einsatz von KI Software zur Bewertung von Bewegungs- und Verhaltensmustern im öffentlichen Raum ab. Pauschales Scoring von Verhalten in der Öffentlichkeit darf es nicht geben. Ausnahmen kann es nur beim Anlass durch schwerste Straftaten in einem engen und begrenzten örtlichen und zeitlichem Rahmen geben und muss auf das Erkennen von Mustern ausgerichtet sein, die auf die Begehung der Straftat hindeuten. Bei alldem ist sicherzustellen, dass KI niemals eigenständige Entscheidungen treffen kann und darf. Die automatische Erkennung und Auswertung ist kenntlich zu machen. Ein Kataster von öffentlichen Videokameras ist in Anbetracht der Befugnisweiterung ebenso sicherzustellen wie die wissenschaftlich begleitete Evaluation KI unterstützter Befugnisnormen im Polizeirecht.
2. Wir lehnen Datenbanken ab, die wahllos Bilder von allen Bürger:innen aus dem Internet sammeln, um eine permanente biometrische Fernidentifizierung im öffentlichen Raum zu ermöglichen. Daher ist jede Maßnahme einzelfallbezogen auf Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen und bei Echtzeit-Anwendungen ein richterlicher Vorbehalt zwingend vorzusehen. Erhobene Daten sind nach Durchführung des Abgleichs oder nach Abschluss der Ermittlung unverzüglich zu löschen, eine Weiterverarbeitung der Daten zu anderen Zwecken ist auszuschließen.
3. Analyseprogramme im Rahmen von Polizeiarbeit müssen transparent und demokratisch kontrolliert sein. Insbesondere sind Algorithmen hinsichtlich inhärenter Diskriminierungsrisiken einem Monitoring zu unterziehen. Eine Nutzung von Palantir lehnen wir entschieden ab, Datenanalyse kann nur mit europäischer Digitalsoveränität zusammengedacht und zum Einsatz gebracht werden. Die Chatkontrolle lehnen wir entschieden ab.

Beschluss Keine Arbeitspflicht für Geflüchtete in Niedersachsen

Gremium: LDK Wolfsburg
Beschlussdatum: 09.11.2025
Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Der Grüne Landesverband Niedersachsen lehnt Pflichtarbeit gemäß § 5 Abs. 4
- 2 AsylbLG ab. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau freiwilliger und
- 3 tatsächlich integrationsfördernder Angebote,
- 4 die Abschaffung von Arbeitsverboten, die Öffnung des Arbeitsmarktes von Anfang
- 5 an für alle Geflüchteten und die strukturelle Förderung der Quartiersarbeit ein.
- 6 Zudem soll der gesetzliche Mindestlohn und das allgemeine Arbeitsrecht auch für
- 7 die Geflüchteten in Beschäftigungsverhältnissen gelten.

Beschluss Tariftreue stärken – Soziale Gerechtigkeit bei öffentlichen Aufträgen sichern! Keine Ausnahmen für Sektorenauftraggeber:innen im NTVergG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordert
- 2 die Landesregierung auf,
- 3 1. dass Ausnahmen von der Tariftreuepflicht – unabhängig von EU-
- 4 Schwellenwerten - regelmäßig geprüft und nach Möglichkeit abgebaut werden.
- 5 2. die Tariftreuepflicht konsequent für Bau- und Dienstleistungsaufträge
- 6 auszuweiten, um faire Löhne und Arbeitsbedingungen flächendeckend
- 7 durchzusetzen.
- 8 3. 1. dass die bewährte Praxis der Tarifbindung bei Großunternehmen (z. B.
- 9 im ÖPNV) zeigt, dass Tariftreue nicht zu unangemessenen
- 10 bürokratischen Belastungen führt.
- 11 4. bis zur Novellierung des NTVergG kommunale und landeseigene Auftraggeber
- 12 Tariftreue auch bei Sektorenaufträgen unter EU-Schwellen zu prüfen und
- 13 durchzusetzen sollen.
- 14 5. 1. dass Tariftreue ein verbindlicher Standard für alle öffentlichen
- 15 Aufträge – inkl. kritischer Infrastruktur – sein soll.

Beschluss Konsequente sozialgerechte Wärmewende statt überdimensionierte Holzverbrennung

Gremium: LDK Wolfsburg
Beschlussdatum: 09.11.2025
Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Der Gebäudesektor mit der Wärmenutzung für Wohngebäude, sowie auch
- 2 Industriewärme verfehlt immer wieder seine CO₂-Einsparungsziele und hat durch
- 3 seinen großen Endenergieverbrauch einen großen Handlungsbedarf, da momentan
- 4 große Anteile aus fossilem Erdgas, Kohle oder Öl bestehen.
- 5 Deshalb wollen wir Verfahren beschleunigen, Investitionen und Förderungen für
- 6 Wärmenetze, nachhaltige Wärmeherzeugung oder auch energetische Sanierungen
- 7 ausbauen. Der Wärmesektor muss schnellstmöglich dekarbonisiert werden. Die
- 8 Förderungen müssen dabei sozial gestaffelt sein und alle erreichen. Mieter*innen
- 9 müssen vor Kostensteigerungen geschützt werden und können auch von sinkenden
- 10 Strom- und Heizkosten profitieren.
- 11 Wir wollen dabei auf die zahlreichen nachhaltigen Technologien für dezentrale
- 12 Versorgung wie Wärmepumpen oder auch für zentrale Versorgung über Wärmenetze mit
- 13 z.B. Geothermie und Industrieabwärme setzen. Immer wieder wird aber auch
- 14 vorgeschlagen, dass man große Holzverbrennungsanlagen für Strom- oder
- 15 Wärmeherzeugung nutzen könnte. Dies ist aber nur begrenzt nachhaltig, da das
- 16 Holzangebot knapp ist und mit steigenden Kosten verbunden sein kann.
- 17 Für Holzkraftwerke werden große Mengen Holz benötigt, die nicht nachhaltig zu
- 18 beschaffen sind. Auch durch die intensive Waldbewirtschaftung ist der Wald in
- 19 Deutschland seit einigen Jahren keine CO₂-Senke mehr, sondern setzt sogar CO₂
- 20 frei.
- 21 Wir wollen daher den Waldanteil in Niedersachsen durch Wiederbewaldung steigern
- 22 und die CO₂-Speicherung im Wald durch klimaschutzorientierte Forstwirtschaft
- 23 erhöhen.
- 24 Dabei können Primärwälder effektiver CO₂ binden als Sekundärwälder und sollten
- 25 nicht für die Holzverbrennung genutzt werden.
- 26 Auch die Nutzung von Altholz ist nur begrenzt verfügbar, damit die
- 27 Holzwerkstoffindustrie nicht vermehrt auf Frischholz ausweichen muss. Bei der
- 28 erwarteten Entwicklung zum besseren Altholzrecycling, werden in Deutschland in
- 29 2040 schätzungsweise nur noch 2-3 Mio. Tonnen Altholz für die Verbrennung zur
- 30 Verfügung stehen. Bereits in den heutigen Anlagen werden jedoch 6 Mio. Tonnen
- 31 jährlich verbrannt. Ein massiver Ausbau der Verbrennungskapazitäten über die in
- 32 Deutschland anfallende Altholzmenge hinaus, würde demnach die Bemühungen für ein
- 33 besseres Recycling von Holz konterkarieren.
- 34 Die EU stuft Holz zwar unter bestimmten Bedingungen als erneuerbare Energie ein,
- 35 jedoch müssen wir alle möglichen Schritte unternehmen, um das unnötige Ausstoßen
- 36 von CO₂ zu minimieren. Denn die Klimakrise beschleunigt sich derzeit so rasant,
- 37 dass wir uns keine weiteren CO₂-Emissionen mehr leisten können.
- 38 Ebenso wie Biogas auf Maisbasis sollte Biomasse aus Holz nur einen kleinen Teil
- 39 der Wärmewende darstellen.

40 Es gibt ausreichend nachhaltigere Alternativen für die Wärmeerzeugung ohne
41 Verbrennung und CO₂ Ausstoß die wir bevorzugen wollen. Daher lehnen wir
42 überdimensionierte Holzkraftwerke, insbesondere auf Frischholzbasis oder mit
43 Importholz, entschieden ab.

44 Zudem darf CCS/CCU bei der Holzverbrennung nicht zum Einsatz kommen, da somit
45 versucht wird Greenwashing zu betreiben. Statt von einem fossilen Brennstoff auf
46 einen anderen kohlenstoffhaltigen Brennstoff zu wechseln braucht es direkte
47 Investitionen in nachhaltige Wärmeerzeugung, da sonst das Geld für die
48 Wärmewende an anderen Stellen fehlt und die Wärmewende blockiert wird.
49 Holzkraftwerke sollten nur in möglichst geringem Umfang als Unterstützung bei
50 starker Wärmenachfrage eingesetzt werden, um fossile Emissionen etwa aus der
51 Kohleverbrennung zu vermeiden und falls nachweislich keine nachhaltigeren
52 Alternativen möglich sind.

53 Wichtig ist hier auch eine effiziente Wärmenutzung in Haushalten und Industrie
54 und die Verwendung von hoher Effizienz z.B. durch zusätzliche Wärmepumpen.

55 Deshalb lehnen wir auch das größte geplante Holzkraftwerk Deutschlands in Stade
56 ab, da es mit einer Verbrennung von 500.000 Tonnen (Alt-)Holz pro Jahr, viel zu
57 überdimensioniert ist und nicht zu einer nachhaltigen Wärmeversorgung beiträgt.
58 Falls Altholz der Kategorien AIII oder AIV bei einem Holzkraftwerk verbrannt
59 werden soll, müssen die Anwohnenden außerdem vor erhöhten Luftschadstoffen und
60 damit folgenden gesundheitlichen Problemen geschützt werden. Hierbei wollen wir
61 Schadstoffemissionen stärker regulieren.

62 Wir Mitglieder und Funktionsträger*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
63 deshalb uns auf allen Ebenen unseres politischen Wirkens dafür ein, dass...

64 • Förderungen für energetische Sanierungen, nachhaltige Wärmequellen und
65 Wärmenetze sozial gestaffelt ausgebaut werden.
66 • Ab 2030 Holzkraftwerke über 40 MW konventioneller Feuerungswärmeleistung
67 anhand des prognostizierten Altholzaufkommens verhindert und nur in geringem
68 Umfang ohne Importholz umgesetzt werden, sollte es nachweislich keine
69 nachhaltigeren Alternativen geben und wenn dadurch der Ausstieg aus Kohle- oder
70 Gaskraftwerken unterstützt wird.

71 • Der große Schwerpunkt der Wärmewende muss auf nicht-biogener Nutzung
72 liegen, die durch Wärmepumpen, Geothermie, Energieeinsparung uvm. erfolgt

73 • strengere Luftverschmutzungsregeln für Holzkraftwerke beschlossen werden.
74 • die BEW-Förderung stärker an Nachhaltigkeitskriterien und die Verminderung von
75 CO₂-Emissionen auszurichten
76 • klimafreundliche Wärmetechnologien in der Wärmeplanung statt der
77 Holzverbrennung priorisiert werden.
78 • kein Holzkraftwerk in Stade gebaut wird.
79 • CCS und CCU nicht bei der Holzverbrennung eingesetzt werden darf.
80 • besonders für die Industrie weiterhin finanzielle Anreize geschaffen werden,
81 um in Wärmepumpen, Geothermie oder weitere klimafreundliche Technologien zu
82 investieren, anstatt in Holzverbrennung.
83 • Recycling der Holznutzung gefördert wird.

- 84 • Die EU-Wiederherstellungsverordnung für Waldökosysteme in Niedersachsen durch
85 aktive Investitionen in die Wiederbewaldung des Landeswaldes aktiv unterstützt
86 wird, um die Wälder wieder zu Klimaschützer*innen zu machen.